

Protokoll Nr. 25 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 06.06.2019
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:30 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende
Kruse, Doris

SPD-Fraktion
Götze, Horst für Elfriede Meyer
Meinen, Regina (bis 19:10 Uhr)

CDU-Fraktion
Ohling, Albert

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Böckmann, Jürgen für André Göring

FDP-Fraktion
Busch, Friedrich

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder
Blaurock, Andreas für Peter-Florian Müller-Goldenstedt (bis 19:20 Uhr)

Engelberts, Birte
Gemler, Hella
Grix, Wilhelm für Karola Fritzsche (bis 19:10 Uhr)

Beratende Mitglieder
Cuhlmann, Christian
Jansen, Rieke
Jebens, Christoph
Schäfer, Stephanie
Spannhoff, Dagmar
Wilts, Elfriede
Fekken, Okka

Verwaltungsvorstand
Bornemann, Bernd Oberbürgermeister

von der Verwaltung
Christians, Jörg
Jaspers, Thomas
Lücht, Richard
Wollweber, Wiebke

Protokollführung
Lendzion, Daje

Protokoll Nr. 25 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Gast

Bongartz, Helmut

Sporré, Tim

Hass-Tjaden, Jörg

(bis 18:38 Uhr)

(bis 17:23 Uhr)

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Kruse begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 24 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 04.04.2019

Beschluss: Das Protokoll Nr. 24 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 04.04.2019 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Projekt "Auf zu neuen Horizonten";
Antrag: Arbeitskreis für historischen Schiffbau in Ostfriesland e. V.
Vorlage: 17/1115

Herr Jaspers schildert, der Arbeitskreis für historischen Schiffbau in Ostfriesland e. V. habe mit Herrn Marahrens eine Korrektur vorgenommen. Größtes Ziel des Vereins sei die Instandhaltung und Instandsetzung alter Traditionsschiffe.

Herr Hass-Tjaden erläutert, der Arbeitskreis für historischen Schiffbau in Ostfriesland sei an den Jugendhilfeträger GnL herangetreten und habe gefragt, ob gemeinsam ein Projekt für junge

Protokoll Nr. 25 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Menschen mit sonderpädagogischem Förderbedarf entwickelt werden könne. GnL betreue die Zielgruppe seit vielen Jahren. Die Jugendlichen hätten häufig Schwierigkeiten auf traditionellem Weg einen Schulabschluss zu erreichen und sich beruflich vorzubereiten bzw. zu orientieren. Dieses Projekt wolle jungen Menschen mit sonderpädagogischem Förderbedarf die Möglichkeit bieten, sich in verschiedenen Berufszweigen wie beispielsweise Metall, Elektro und Holz vorzubereiten und zu qualifizieren. Es sei heutzutage äußerst wichtig, einen Ausbildungsberuf zu erlangen, um auf dem Arbeitsmarkt bestehen zu können und selbstständig in Eigenverantwortung ein Leben zu führen. Zusätzlich zu der beruflichen Orientierung gebe es auch die Möglichkeit für die Jugendlichen parallel den Hauptschulabschluss zu erreichen. Ziel des Projektes sei es, eine Starthilfe für die Zukunft zu geben.

Herr Jaspers ergänzt, es gehe um ein Gesamtvolumen von ca. 347.000 €. Bei der Stadt Emden sei eine Förderung von 84.028 € für die nächsten zwei Jahre beantragt worden.

Frau Kruse bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Frau Meinen bedankt sich für die Vorstellung und das Ehrenamt. Sie möchte wissen, wie viele junge Menschen sich dort qualifizieren können. Die jungen Menschen könnten durch das Projekt Erfolgserlebnisse erleben. Ebenso erlernen sie Pünktlichkeit und Verlässlichkeit. Dies sei für das Berufsleben wichtig. Die SPD-Fraktion würde trotz der Haushaltslage dem Beschluss zustimmen.

Herr Ohling schließt sich der Äußerung und Frage von Frau Meinen an. Die CDU-Fraktion stehe dem Projekt positiv gegenüber. Es sei erfreulich, dass die Klosterkammer dieses Projekt unterstütze. Er weist im Zusammenhang mit der Förderung der Stadt Emden in Höhe von ca. 85.000 € auf die Haushaltsstrukturkommission hin. Die Förderung müsste in den Haushalt eingestellt werden.

Herr Böckmann begrüßt ebenfalls, dass die Jugendlichen aktiviert werden, an ihrer Perspektive zu arbeiten. Er schließt sich grundsätzlich der SPD-Fraktion und CDU-Fraktion an. Vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung habe er im Finanzplan registriert, dass es sich ab dem dritten Jahr um eine Verstetigung handele. Die Stadt Emden sei jährlich mit 12.000 € beteiligt. Das Jugendamt der Stadt Emden ebenfalls mit 42.000 €. Es sei somit über fünf Jahre eine enorme Summe, die aufgewendet werden müsste. Die Vorlage sollte aufgrund der Haushaltskonsolidierung zur weiteren Beratung an die Fraktionen verwiesen werden.

Herr Götze ist der Ansicht, dass diesem Antrag nur zugestimmt werden könne. Es seien äußerst hilfreiche Maßnahmen, um den unter 25jährigen eine Chance im Arbeitsleben zu bieten und eine Zukunft zu geben. Normalerweise wären wesentlich mehr Maßnahmen notwendig. Dem Beschluss sollte einstimmig zugestimmt werden, wenn die Finanzierung gesichert sei.

Herr Böckmann wolle der Entwicklung der jungen Menschen natürlich nicht im Wege stehen. Er setze sich vehement für die Interessen benachteiligter Jugendlicher ein. Dennoch sollte das Projekt detaillierter dargelegt und nochmal in der Fraktion beraten werden. Vor dem Hintergrund der enormen Finanzen bittet er darum, den Tagesordnungspunkt zur weiteren Beratung an die Fraktionen zu verweisen.

Herr Grix schildert, das Projekt habe mit der Jugendwerkstatt begonnen. Zeitweise seien über die Jugendwerkstatt 20 bis 30 Jugendliche an einem Projekt jahrelang beschäftigt worden. Durch viel Ehrenamtlichkeit und mit Unterstützung des damaligen Arbeitsamtes sowie durch EU-Mittel sei dieses Schiff entstanden. Insgesamt seien bis zu 2 Mio. € investiert worden. Das Schiff sollte dem Zweck, für den es damals gebaut worden sei, zugeführt werden. Das Schiff sollte für Jugendliche eingesetzt werden, die auf der Suche nach Perspektiven seien. Es sei eine begleitende Maßnahme, die Hilfestellung zur Lebensführung geben könne. Es sei wichtig,

Protokoll Nr. 25 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

den Jugendlichen eine Perspektive zu geben und diese sozialpädagogisch zu begleiten. Es seien vier bis fünf Personen, die sich ehrenamtlich an dieser Maßnahme beteiligen und Hilfe geben, damit das Projekt qualifiziert umgesetzt werde. Die Ehrenamtlichen hätten im Tischlerbereich oder Metallbereich durch ihre frühere berufliche Tätigkeit hohe Qualifikationen. Andere Beschäftigung für diese Jugendlichen gebe es kaum. Die Perspektive, sich selbstständig weiter zu entwickeln, werde durch diese Maßnahme möglich. Einige junge Menschen, die von Herrn Hass-Tjaden begleitet worden seien, hätten einen Abschluss erreicht und seien zum Beispiel im Hotel- und Gaststättenbereich tätig. Durch das Verdienen des eigenen Geldes wachse das Selbstwertgefühl.

Herr Hass-Tjaden gibt an, dass fünf bis sieben Plätze pro Jahr zur Verfügung stehen. Insgesamt könnten somit in den zwei Jahren maximal 14 Teilnehmer begleitet werden. Die ersten Jugendlichen hätten bereits angefragt. Er hofft auf ein positives Ergebnis, um den Jugendlichen eine Perspektive geben zu können. Das Projekt sei der Klosterkammer vorgestellt worden. Die Klosterkammer war tatsächlich äußerst begeistert und habe daraufhin einer Förderung zugesagt.

Herr Bornemann weist darauf hin, dass die Jugendwerkstatt vielen Jugendlichen bei der Qualifikation und dem Erreichen einer beruflichen Qualifizierung geholfen habe. Der Verein habe eine Korrektur vorgenommen. Er dankt allen, die daran mitgewirkt haben. Er habe dieses Projekt mit dem Begleitschreiben an die Klosterkammer unterstützt. Die Stadt sei natürlich derzeit in einer schwierigen Finanzsituation. Der Beschluss stehe unter der Voraussetzung, dass das Jobcenter sich finanziell beteiligt. In anderen Bereichen der Stadt sei es bei größeren Förderungen immer so gehandhabt worden, dass die Stadt ihren Beitrag dazu leistet.

Herr Bongartz bemerkt, dass die Jugendlichen jeden Tag auf dem Schiff eine Beschäftigung gefunden hätten, um wieder in einen geordneten Lebensablauf zu kommen. Dies sei das Ziel des Projektes. Er appelliert daran, den Beschluss am heutigen Tag zu fassen. Es gelinge tatsächlich nicht jedem, einen positiven Bescheid von der Klosterkammer zu erhalten. Es bleibe bis zum September wenig Zeit. Diskussionen könnten selbstverständlich noch in den anderen Gremien und in den Fraktionen erfolgen.

Herr Busch gibt an, die FDP-Fraktion sehe dies als Gesamtkonzept der Stadt Emden, von dem einige Jugendliche profitieren können. Die Stadt Emden könne diese Gemeinschaftsaufgabe bewältigen. Die Kritik der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen könne er nachvollziehen. Es müssten sehr viele Mittel aufgewendet werden. Die FDP-Fraktion werde dem Konzept dennoch zustimmen und das Projekt unterstützen.

Herr Böckmann kritisiert den heutigen Umgang untereinander. Bisher sei es in den Sitzungen Konsens gewesen, einem Antrag auf Verweisung an die Fraktionen stattzugeben. Er gibt zu bedenken, dass die Thematik in der Haushaltskonsolidierung konkret beraten werden sollte. Er werde sich bei dem Beschluss der Vorlage enthalten. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei grundsätzlich selbstverständlich für das Projekt.

Frau Kruse lässt über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Verweisung an die Fraktionen abstimmen.

Beschluss: Verweisung an die Fraktionen

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Dafür: 1
Dagegen: 9
Enthaltungen: 0

Protokoll Nr. 25 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Anschließend lässt **Frau Kruse** über den Beschluss der Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Unter der Voraussetzung, dass auch das Jobcenter Emden sich in angemessener Weise finanziell an dem Projekt beteiligt, um so die Bedingungen einer Zuwendung der Klosterkammer Hannover zu erfüllen, unterstützt die Stadt Emden das Projekt „Auf zu neuen Horizonten“, das ein Gesamtvolumen von 347.000,00 € hat, mit einer Förderung von insgesamt 84.028,00 €, die sich über drei Haushaltsjahre wie folgt aufteilt.

01.09.2019 - 31.12.2019	16.103,75 €
01.01.2020 - 31.12.2020	41.214,00 €
01.01.2021 - 31.08.2021	26.710,25 €

Ergebnis: einstimmig

Dafür: 8
Dagegen: 0
Enthaltungen: 2

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 6 Arbeitsweise und Vernetzung im Bereich Gewaltprävention
Vorlage: 17/1112

Frau Fekken stellt anhand einer Power-Point-Präsentation gemeinsam mit Vertreterinnen der im Bündnis vertretenden Institutionen die Arbeitsweise und Vernetzung im Bereich Gewaltprävention dar. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Anschließend bedankt **Frau Fekken** sich bei den Kolleginnen und Kollegen aus dem Bündnis. Sie selbst leiste eher die koordinierende Arbeit. Die Kolleginnen und Kollegen arbeiten direkt mit den Opfern zusammen. Sie sei äußerst dankbar für diese Arbeit.

Frau Kruse bedankt sich für den Vortrag und schließt sich dem Dank von Frau Fekken an. Sie wünscht weiterhin viel Kraft für die Arbeit.

Herr Busch sei beeindruckt von dem Vortrag. Die Zusammenarbeit in dem Bereich sei hervorragend und verdiene Respekt. Er bedankt sich dafür ganz herzlich. Frau Lammers als Polizistin habe sehr respektvoll von den Nachbarn gesprochen, die anrufen und sich um die entsprechenden Familien sorgen. Die Menschen sollten nicht verurteilt werden, dass sie in eine sonderbare Situation gekommen seien. Die Menschen sorgen sich untereinander und fühlen sich von der Polizei aufgefangen und erkennen dies als Hilfe an. Laut dem Fallbeispiel seien die Täter teilweise Menschen, die sich in das gesellschaftliche Leben sozial einbringen. Aber dennoch in irgendeiner Situation hilflos sowie überfordert und dadurch gewaltbereit seien. Diesen Menschen müsse ebenfalls geholfen werden, sodass es gar nicht zu Gewaltausbrüchen komme.

Frau Horn-Wulfke erörtert, es gebe zur Täterarbeit in Ostfriesland ein kleines Projekt, das von der Landesregierung finanziert werde. Dies reiche aber nicht aus. Es gebe in Ostfriesland keine Täterberatungsstelle oder Beratungsstelle, die sich mit Männerarbeit beschäftige. Es sei äußerst wichtig, so etwas zu installieren. Bisher gebe es nur sehr kleine Projekte.

Protokoll Nr. 25 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Herr Böckmann findet die Arbeit ebenfalls hervorragend. Er habe in seiner täglichen Arbeit mit den Auswirkungen von häuslicher Gewalt zu tun. Einige junge heranwachsende Menschen hätten im Bereich Bildung durch traumatische Erlebnisse ein Defizit. Diese Menschen müssen in den Arbeitsmarkt integriert werden. Es sei wichtig, alle Menschen für solche Notsituationen zu sensibilisieren. Wegschauen helfe nur dem Täter.

Herr Ohling schließt sich dem Dank der Vorredner an. Leittragende seien meistens die Kinder, da diese sich nicht großartig wehren können. Selbst durch das Zuschauen bei häuslicher Gewalt würden die Kinder traumatisiert. Es gebe für eine Traumatherapie Wartezeiten von einem Jahr. Dies müsse verringert werden. Bei der Auflistung der beteiligten Institutionen würden seines Erachtens die Hebammen fehlen.

Frau Fekken erklärt, das Bündnis sei ein Bestandteil des kommunalen Präventionsrates. Dort gebe es den Bereich Frühe Hilfen, in dem auch die Hebammen platziert seien. Untereinander bestehe eine hervorragende Vernetzung. Das Bündnis Gewaltprävention sei ein Baustein in einem komplexen Netzwerk. Der Austausch untereinander sei in den letzten Jahren hervorragend entwickelt worden.

Herr Götze begrüßt die vorgestellte Arbeit. Häusliche Gewalt habe immer mehr zugenommen. Es werde sehr viel Prävention geleistet. Die Ursachen liegen in der Veränderung der Gesellschaft. Es entstehe eine gewisse Hektik, die sich natürlich auch auf die Kinder auswirken könne. Es müsse überlegt werden, durch welche Maßnahmen die Fälle minimiert werden können. Möglicherweise sollte das Thema mehr in die Öffentlichkeit gebracht werden.

Frau Kruse meint, häusliche Gewalt habe auch schon früher existiert; sei aber nicht so enorm nach draußen gedrungen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 7 Aktueller Bericht über die Arbeit des CVJM in Emden
Vorlage: 17/1103

Herr Jaspers informiert, der CVJM feiere heute weltweit seinen 175. Geburtstag. In Emden existiere der Christliche Verein Junger Menschen mittlerweile seit über 150 Jahren. Die Stadt Emden unterstütze die Arbeit des Vereins seit vielen Jahren.

Herr Sporré berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation über die Arbeit des CVJM in Emden. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau Kruse bedankt sich für den Vortrag.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 8 Sachstandsbericht Lern- und Lebenswelt Grundschule (LuLGS)
Vorlage: 17/1111

Frau Wollweber gibt anhand einer Power-Point-Präsentation einen Sachstandsbericht zu dem Projekt „Lern- und Lebenswelt Grundschule“. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau Kruse bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

Protokoll Nr. 25 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Herr Ohling möchte wissen, ob die Elterntreffs und Elterncafés parallel an einer Grundschule oder an unterschiedlichen Grundschulen durchgeführt werden.

Frau Wollweber erklärt, es gebe an vielen Grundschulen Elterncafés, die von den Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern vor Ort betreut werden. Die Elterncafés der AWO seien daher in Elterntreffs umbenannt worden, da diese unabhängig voneinander durchgeführt werden. Die Elterntreffs und Elterncafés würden nicht gleichzeitig an einer Grundschule eingerichtet.

Herr Busch stellt fest, bei dem Projekt gehe es um Chancengleichheit und Prävention. Die Arbeit sei hervorragend. Er stellt weiterhin heraus, dass die ehrenamtlichen Helfer keine ausgebildeten Pädagogen seien. Er begrüßt, dass diese Hilfestellung dennoch von den Pädagogen angenommen werde. Er bedankt sich für die ehrenamtliche Arbeit.

Herr Böckmann findet die Arbeit äußerst wichtig. Es mache jedoch bedenklich, wie groß das Defizit bei vielen Kindern bei der Einschulung sei. Diese können aufgrund der Defizite nicht am regulären Unterricht teilnehmen. Dadurch würden erste Frustrationen erlebt. Er hofft, dass dieses in irgendeiner Form kompensierbar sei.

Herr Grix bemerkt, die Entwicklung dieses Projektes habe lange Zeit gedauert und sei zunächst von den Schulen nicht wirklich angenommen worden. Die Öffentlichkeitsarbeit für die Elterntreffs sei manchmal sehr schwierig. In diesen Elterntreffs würden viele Probleme mit den Eltern besprochen, die nicht nach außen dringen, da innerhalb dieses Kreises Verschwiegenheit und Vertraulichkeit entwickelt worden sei. Er halte das Projekt für enorm wichtig. Die Lese- und Mathestübchen seien äußerst erfolgreich.

Frau Meinen berichtet, dass der Kinderschutzbund unter anderem in der Nesserlander Schule mit einem Elterncafé begonnen habe. Es bestehe noch heute eine Elterngruppe, die sich in den Räumlichkeiten des Kinderschutzbundes treffe. Es sei somit äußerst nachhaltig.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 9 Auswirkungen der Beitragsfreiheit in Kitas
Vorlage: 17/1113

Herr Christians erläutert anhand der Vorlage 17/1113 die Auswirkungen der Beitragsfreiheit in Kitas.

Frau Kruse bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Busch meint, die Thematik sei für die Kommune äußerst wichtig. Durch den Wegfall der Elternbeiträge gebe es 1,8 Mio. € mehr Kaufkraft in Emden. Diese Beträge bräuchten die Eltern nicht mehr für die Gebühren aufwenden. Die Stadt Emden dürfe durch die Beitragsfreiheit jedoch nicht weiter belastet werden. Das Land müsse die Kosten übernehmen. Als Kommune hätte die Stadt Emden sich dies nicht leisten können.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN

TOP 10 Ein Jugendparlament für Emden;
- Antrag der SPD-Fraktion vom 22.05.2019
Vorlage: 17/1119

Herr Götze führt aus, es werde Zeit, für die Stadt Emden ein Jugendparlament einzurichten. Die SPD halte es für dringend erforderlich, Kindern und Jugendlichen eine Plattform zu geben; denn sie seien die Experten in eigener Sache. Dieses besondere Wissen und diese Kompetenz sollten genutzt werden. Jugendliche seien für ihren Lebensraum die Experten. Daher sollten sie auch die Möglichkeit haben, sich für ihre Interessen und Bedürfnisse einzusetzen. Ein Jugendparlament gebe ihnen dafür den nötigen Raum. Beteiligung lasse Jugendliche Mitbestimmung und Mitverantwortung lernen; ohne die Erwachsenen aus der Pflicht zu nehmen. Beteiligung im Sinne des Erlernens von Demokratie als alltägliche Mitsprache und Mitbestimmung, aber auch für die Übernahme von Verantwortung für getroffene Entscheidungen. Jugendliche, die sich selbst aktiv gestaltend erfahren, würden sich auch als erwachsene Menschen in ihrem Lebensumfeld einbringen und sich für das Gemeinwesen engagieren. Bereits im März 2018 sei von der Hochschule Emden als Grundlage für eine Umsetzung eines Jugendparlaments das Projekt „Beteiligung und Partizipation von Kindern und Jugendlichen“ vorgestellt worden. Das Projekt sei von den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses sehr positiv aufgenommen worden. Die aktuelle Fridays-for-Future-Bewegung zeige sehr deutlich, dass Kinder und Jugendliche mehr Beteiligung und Mitsprache am gesellschaftlichen und politischen Leben einfordern. In vielen Städten seien bereits vor Jahren Jugendparlamente geschaffen worden. Den abweichenden Beschlussentwurf der Verwaltung könne die SPD nicht nachvollziehen, weil dadurch wieder unnötige Zeit verstreiche. Wahlordnung und Satzung für Jugendparlamente seien im Internet als Grundlage für eine Umsetzung vorhanden. Diese müssten lediglich auf die Emdener Begebenheiten angepasst werden. Die Wahl zum Jugendparlament könnte schon zeitgleich mit der Oberbürgermeisterwahl im September durchgeführt werden.

Herr Jaspers stellt heraus, dass die Verwaltung den Vorstoß sowie solche Beteiligungsformen natürlich begrüße. Dies werde auch allgemein bei freien Trägern und an den Schulen gelebt. Die Verwaltung wolle natürlich Beteiligung forcieren. Zurzeit formiere sich der Stadtjugendring neu. Ebenso habe das Projekt „Demokratie leben“ begonnen. Es sei wichtig, dass diese Bereiche, die bereits in den Einrichtungen laufen, vor einer gemeinsamen Konzeptentwicklung vorgestellt werden. Es gebe bereits Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Mit den Kindern und Jugendlichen könne ein Konzept zur Beteiligungsform abgestimmt werden. Eine geringe Vorlaufzeit bis lediglich zum 08.09.2019 sei schwierig.

Herr Bongartz teilt mit, die CDU-Fraktion habe ebenfalls eine Diskussion geführt. Die Junge Union habe einen ähnlichen Antrag gestellt. Dieser sei am 07.05. bei der Verwaltung eingereicht worden. Die Jugendlichen seien sehr mobil und möchten ein Jugendparlament umsetzen. Der vorgeschlagene Termin sei äußerst ehrgeizig. Die Thematik sollte mit der notwendigen Sorgfalt vorangetrieben werden. Es sollte an die Kinder und Jugendlichen das Signal gegeben werden, dass der Rat die Grundvoraussetzungen schaffe. Somit sollte seines Erachtens der Tagesordnungspunkt nicht vertagt werden. Details würden sowieso in den Folgeveranstaltungen diskutiert.

Frau Engelberts schließt sich der SPD-Fraktion und CDU-Fraktion an. Seit Anfang des letzten Jahres liege der Verwaltung eine Ausarbeitung von Studierenden vor, die eine konkrete Form eines Kinder- und Jugendparlamentes in der Stadt Emden vorschlagen. Sie begrüße es, dass es diese offenen Beteiligungsformen für Kinder und Jugendliche von der Stadt gebe. Das Thema Kinder- und Jugendparlament sei in der Stadt nicht neu. Dies werde parteiübergreifend

Protokoll Nr. 25 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

seit vielen Jahren diskutiert. Es gebe mittlerweile bundesweit sehr viele erfolgreiche Kinder- und Jugendparlamente. Sie sei der Meinung, dass dies einen bestimmten Rahmen benötige. Die Umsetzung sollte zeitnah erfolgen. Diese Beteiligungsform sei in der Stadt dringend notwendig. Es spreche überhaupt nichts dagegen, die offene Jugendbeteiligung weiterhin zu unterstützen und zu fördern. Die Kinder und Jugendlichen hätten große Lust, sich zu beteiligen sowie mitzubestimmen. Regelmäßig würden diese freitags auf die Straße gehen. Es sollte heute der Beschluss gefasst werden, um ein positives Signal an die Jugendlichen zu geben. Über die Ausgestaltung könne man sich anschließend mit den Jugendlichen austauschen.

Herr Böckmann bemerkt, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe bereits am 10.01.2017 zu dieser Thematik eine Anfrage gestellt. Diese sei nie beantwortet worden. *(Anmerkung der Protokollführung: Herr Renken hat mit E-Mail vom 21.03.2018 auf die Beantwortung der Anfrage verzichtet.)*

Die Fraktion unterstütze ausdrücklich ein Jugendparlament. Zunächst sollte das Konzept unter Beteiligung der Jugendlichen erarbeitet werden. Dies sollte nicht nur mit den Menschen erfolgen, die sich politisch profilieren wollen.

Herr Busch gibt an, die FDP-Fraktion werde einen solchen Antrag unterstützen, wenn die Zeit dafür reif sei. In 2012 sei bereits ein Antrag zu der Thematik gestellt worden. Diesen habe die SPD-Fraktion abgelehnt. Die FDP wolle sich intensiv mit dem Thema beschäftigen. Er stelle daher den Antrag auf Verweisung an die Fraktionen. Die Jugendlichen sollten eine sinnvolle Tätigkeit in diesem Gremium haben und beispielsweise Beschlüsse fassen können.

Herr Bornemann erörtert, die Verwaltung werde selbstverständlich nicht gegen die Einrichtung eines Jugendparlaments arbeiten. Es sei oft über Jugendbeteiligung diskutiert worden. Bei dem damaligen Antrag war man der Meinung, dass andere Formen der Beteiligung zielführender seien. Die Zeit für die Einrichtung eines Jugendparlaments sei derzeit gut. Er verweist diesbezüglich auf die Fridays-for-Future-Bewegung. Es sollte nicht irgendein Konzept aus dem Internet verwendet werden. Die Jugendlichen müssen mit einbezogen werden. Er befürworte, wenn der Jugendhilfeausschuss heute den Startschuss gebe. Anschließend werde die Verwaltung einen Vorschlag ausarbeiten. Natürlich könne auch die Hochschule im Ausschuss nochmal vortragen. Den Termin 08.09.2019 halte er für absolut illusorisch. Dennoch sollte heute aus der Politik ein Zeichen gesetzt werden. Die Verwaltung unterstütze das Vorhaben. Eine Umsetzung sollte im nächsten Jahr erfolgen.

Herr Böckmann stellt fest, dass Herr Busch einen Antrag auf Verweisung an die Fraktionen gestellt habe. Er würde es vehement monieren, wenn diesem stattgegeben werde. Sein Antrag zum Tagesordnungspunkt 5 sei abgelehnt worden.

Frau Engelberts schlägt ebenfalls vor, heute den Startschuss und ein Signal zu geben. Es sei selbstverständlich, dass das Konzept gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen gestaltet werde. Ein grundsätzlicher Rahmen sollte gesetzt werden, in dem es Gestaltungsspielraum gebe.

Herr Bornemann habe Verständnis, dass die FDP-Fraktion noch inhaltlich Diskussionsbedarf habe. Der heutige Beschluss wäre tatsächlich zunächst ein Startschuss. Über die inhaltliche Ausgestaltung werde in den nächsten Sitzungen gesprochen. Er bittet daher darum, heute ein Zeichen zu setzen und den Tagesordnungspunkt nicht zu verschieben.

Herr Bongartz ist ebenfalls der Ansicht, dass es einer Entscheidung bedarf. Er habe nicht den Eindruck, dass sich jemand bei dieser Sache politisch profilieren wolle. Es sei Wunsch der jungen Leute mitzureden. Er glaubt, dass die Verwaltung das Vorhaben vernünftig und erfolgreich umsetzen werde.

Protokoll Nr. 25 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Herr Busch ziehe den Antrag auf Verweisung an die Fraktionen zurück.

Herr Götze schlägt vor, als Unterstützung zur Entwicklung des Konzeptes den Bereich „Demokratie leben“ der Volkshochschule zu nutzen. Der Präventionsrat sei in dem Bereich auch eingebunden. Natürlich sollten auch die Jugendlichen beteiligt werden. Im Internet seien viele gute Ideen, die als Hilfen genutzt werden könnten.

Frau Kruse fragt, ob der Beschlussentwurf der Antragstellerin noch verändert werden müsse, da eine Frist von sechs Monaten enthalten sei.

Herr Bornemann äußert, Punkt 1 des Beschlussentwurfs der Antragstellerin sei übereinstimmend Wunsch und Wille. Punkt 2 könne natürlich in der nächsten Sitzung umgesetzt werden. Dies sei völlig unabhängig von dem weiteren Konzept. Punkt 3 könne ebenso beschlossen werden. Allerdings sei die Frist von „binnen sechs Monaten“ nicht erforderlich und könne gestrichen werden, da sowieso spätestens im Jahr 2020 ein Jugendparlament eingerichtet werden solle.

Frau Kruse lässt über den abweichenden Beschlussentwurf der Antragstellerin abstimmen.

abweichender Beschlussentwurf der Antragstellerin:

1. Die Stadt Emden richtet spätestens im Jahr 2020 ein Jugendparlament ein.
2. Um dies vorzubereiten wird im nächsten Jugendhilfeausschuss seitens der Hochschule zu dem Programm „Junger Wind für Emden“ Bericht erstattet und die Modalitäten diskutiert.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Vorschlag zur Umsetzung des Jugendparlaments in Emden beschlussreif vorzulegen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 11 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Bornemann teilt mit, dass beim Deutschen Städtetag ebenfalls sehr viel über Partizipation gesprochen worden sei. In Zeiten der sozialen Netzwerke sei das Mitnehmen von Menschen nicht ganz einfach. Es seien alle Städte aufgefordert, sich weiter mit diesen Themen intensiv zu beschäftigen.

TOP 12 Anfragen

1. Haftpflichtversicherung für Pflegekinder im Binnenverhältnis

Herr Ohling fragt, ob bei der Stadt Emden eine Haftpflichtversicherung für Pflegekinder im Binnenverhältnis bestehe. Die Pflegekinder seien über die Pflegeeltern privat haftpflichtversichert. Schäden, die die Pflegekinder in der Pflegefamilie anrichten, würden von dieser Haftpflichtversicherung nicht übernommen. Es gebe viele Städte und Gemeinden, die eine solche private Haftpflichtversicherung haben.

Herr Lücht bestätigt, dass viele Jugendämter eine Versicherung eingeführt haben, die solche Schäden abdecke. Bei der Stadt Emden gebe es dies derzeit nicht. Im Rahmen des Sozialen Dienstes würden zurzeit Vorbereitungen laufen, um eine solche Versicherung zu ermöglichen.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.